



Prof. Dr. Stefan Jost, Jurist und Politikwissenschaftler (Universität Trier), zwischen 1993 und 1998 Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bolivien, zwischen 1998 und 2001 Direktor des KAS-Regionalprogramms „Rechtsstaat und Demokratie in Lateinamerika“, leitet das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien.

URIBE FOREVER ODER „DIE SEELE ÜBERZEUGEN“? KOLUMBIEN IM VORWAHL-JAHR

Stefan Jost

DER KAMPF UM DIE ZWEITE WIEDERWAHL

Knapp neun Monate vor den Parlaments- und rund zehn Monate vor den Präsidentschaftswahlen¹ befindet sich Kolumbien in einer den Gesetzgebungs- und politischen Prozess nicht nur dominierenden, sondern weitgehend lähmenden Hängepartie. Die kolumbianische Politik dreht sich seit dem vergangenen Jahr vorwiegend um die Frage, ob und auf welchem Wege Staatspräsident Uribe, für dessen erste Wiederwahl 2006 bereits eine Verfassungsänderung erforderlich war, erneut für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren kann.

Nahezu alle Parteien befinden sich mitten in einer teils bis zur drohenden Spaltung gehenden Auseinandersetzung über die Frage, wer der jeweilige Präsidentschaftskandidat sein soll. Die eigentliche Problematik für alle Parteien und ihre Wahlkampfstrategen liegt jedoch in der Frage, was Staatspräsident Alvaro Uribe will. Was er macht bzw. machen lässt, ist offensichtlich, was er will, darüber streiten sich die Auguren. Dass Staatspräsident Uribe ein Interesse an diesem Verfahren hat, ist unverkennbar. Es bedürfte nur eines Wortes aus dem Präsidentenpalast, um die Debatte zu beenden. Weniger klar zu beantworten ist jedoch die Frage, worin dieses Interesse besteht. Ob Uribe tatsächlich seine Wiederwahl an-

1 | Der Beitrag wurde am 16. Juli 2009 abgeschlossen.

strebt oder aber alle bisherigen Manöver nur deshalb initiiert hat, um seiner Partei im nächsten Kongress eine breite Mehrheit zu sichern und gleichzeitig das *lame duck*-Syndrom ausscheidender Präsidenten zu vermeiden, ist schwer einzuschätzen. Die Sphinx im Palacio Nariño lässt sich nicht in die Karten sehen.

Im vergangenen Jahr wurde durch die Sammlung von Unterschriften das strittige Referendum eingeleitet, mit dem eine zweite unmittelbare Wiederwahl Uribes ermöglicht werden soll. Der zur Realisierung dieses Referendums erforderliche Gesetzgebungsprozess stand Ende 2008 kurz vor dem Scheitern. Das Verfahren konnte nur durch eine Eilverfügung des Staatspräsidenten, der den Kongress zu Sondersitzungen einberief, in die im März 2009 beginnende neue Sitzungsperiode des Kongresses hinübergerettet werden. Allerdings kam es, interessanterweise aufgrund einer Initiative der der Regierungskoalition angehörenden Partei Cambio Radical (CR) in der Beschlussfassung der Abgeordnetenversammlung zu einer Änderung des Gesetzentwurfs dahingehend, dass eine Wiederwahl nicht bereits mit den Wahlen 2010, sondern erst ab den Wahlen 2014 ermöglicht werden sollte.

Das erste Halbjahr 2009 war geprägt durch strategische Parallelitäten. Während das Verfahren im Kongress weiter betrieben wurde, verkündete Uribe seine Überlegungen, dass er auf eine dritte Kandidatur verzichten könne, wenn sichergestellt sei, dass seine Politik der „demokratischen Sicherheit“² durch einen gemeinsamen starken Kandidaten der Regierungskoalition und eine Mehrheit im Kongress fortgeführt werden könne. Auffällig war und ist aber, dass Uribe nicht zu erkennen gibt, wen er denn als den geeigneten Kronprinzen ansieht.

Darüber hinaus wurde der Plan befördert, eine neue Partei für Uribe zu schaffen, um für eine neue Regierungsperiode über ein schlagkräftigeres Instrument als allein eine Koalition mehrerer Parteien zu verfügen. Die vom ehemaligen Präsi-

Im Vorfeld der nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen beschäftigt Kolumbien vor allem eines: Wie wird sich Präsident Uribe, dessen Verdienste um mehr Sicherheit unbestritten sind, eine dritte Amtszeit erstreiten? Der Staatschef selbst, dem vor Jahren beim ersten Versuch der Wiederwahl weder Parlament noch Verfassungsgericht den Weg versperrten, schweigt zu seinen Plänen, nachdem ein vor Monaten lanciertes Referendum noch nicht einmal die parlamentarische Hürde genommen hat. Von den die Regierung bildenden Parteien kann der Präsident uneingeschränkt nur auf den PSUN, den „Partido de la U“, zählen. CP und, mehr noch, PCC sind keineswegs einmütig an seiner Seite. Die Oppositionsparteien – PL, PDA und Unabhängige, wollen zwar den Politikwechsel, sind aber teils so geschwächt, dass sie das präsidentielle Projekt kaum gefährden. Sicher trifft Uribes Linie der *seguridad democrática* bei den Kolumbianern auf Zustimmung. Doch nun braucht das Land auch komplementäre Politikinitiativen – etwa in der sozialen Frage.

2 | Die Politik der *seguridad democrática* besteht nach der Demobilisierung der paramilitärischen AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) in der Fokussierung auf eine militärische Auseinandersetzung mit der Guerrilla und anderen illegalen bewaffneten Gruppierungen mit dem Ziel der Schaffung eines uneingeschränkten staatlichen Gewaltmonopols sowie der Garantie der Investitionssicherheit.

dentenerberater José Obdulio Gaviria geleitete Stiftung Centro Pensamiento Primer Colombia tritt zwar mit Publikationen und einer gezielten Arbeit vor allem im Unternehmerbereich zur politischen und finanziellen Unterstützung Uribes in die

Bisher ist nicht erkennbar, dass ein neues Parteiprojekt an Kontur gewonnen hätte. Öffentlichkeit. Bisher ist jedoch nicht erkennbar, dass ein neues Parteiprojekt an Kontur gewonnen hätte.

Die Sitzungsperiode des Kongresses zwischen März und Juni bot für die Beratungen des Referendums keine besseren Bedingungen. Entgegen den ursprünglichen optimistischen Erwartungen des Uribe-Lagers, bereits Mitte des Jahres 2009 die Bevölkerung über das Referendum abstimmen zu lassen, konnte das Referendum auch in der am 19. Juni zu Ende gegangenen ersten Legislaturperiode des Jahres 2009 nicht einmal die zu Beginn des Verfahrens als eher unproblematisch eingestufte parlamentarische Hürde nehmen. Nach der abschließenden zustimmenden Beratung des Referendums im Senat war wegen der unterschiedlichen Daten, ab denen eine Wiederwahl zulässig sein sollte (die Abgeordnetenkammer hatte für 2014, der Senat für 2010 votiert) eine *conciliación*, d. h. die Einberufung eines Vermittlungsausschusses zwischen Abgeordnetenkammer und Senat erforderlich. Die Konstituierung dieses Vermittlungsausschusses wurde, teilweise auch wegen unverständlicher Manöver des Partido de la U verzögert. Ein entscheidender, sicher auch die ab dem 20. Juli beginnende Behandlung des Referendums beeinflussender Faktor liegt in der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, 85 Parlamentarier wegen ihrer Zustimmung zum Referendum, das sich u.a. wegen Einhaltung der Finanzierungsvorschriften einer Überprüfung ausgesetzt sieht, einer Untersuchung wegen Rechtsbeugung unterziehen zu wollen. Dies hat dazu geführt, dass zahlreiche Parlamentarier ihre Teilnahme an den Einigungsverhandlungen zwischen Abgeordnetenkammer und Senat verweigert haben.

Zudem verstärkte sich der öffentliche Widerstand gegen eine erneute Wiederwahl. Hervorzuheben ist, dass sich die Opposition gegen eine Wiederwahl nicht auf das Lager der politischen Opposition und Anti-*uribistas* reduzieren lässt. Hinzu kommt eine Gruppe von *uribistas*, die Uribe bisher unterstützten und sich auch für die Fortsetzung seiner Politik aussprechen, eine erneute Wiederwahl allerdings, zum Teil vehement, ablehnen. So haben sich neben bekennenden *uribistas* beispielsweise der Vorsitzende der kolumbianischen Bischofs-

konferenz und mehrere Bischöfe gegen eine erneute Wiederwahl ausgesprochen.³ Auch die ablehnende Haltung von *The Economist*⁴ hat in Kolumbien für Aufsehen gesorgt.

Festzustellen ist auch eine vom Uribe-Lager unterschätzte Ambivalenz. So verfügt Uribe über eine nach immerhin rund sieben Jahren Amtszeit zwar für den lateinamerikanischen Kontext beeindruckende Zustimmung der Bevölkerung, und für den Fall einer erneuten Kandidatur hegt selbst die Opposition keine ernst zu nehmenden Zweifel an einer Wiederwahl. Dennoch ist es Uribe bislang nicht gelungen, eine über seinen engeren Zirkel hinausgehende breite und öffentliche Zustimmung für das Wiederwahlreferendum zu mobilisieren. Daran vermochte auch das Ausscheiden wichtiger Mitarbeiter Uribes aus dem Regierungsapparat mit dem erklärten Ziel, dem Referendum zu einer Mehrheit zu verhelfen, nichts zu ändern.

Für den Fall einer erneuten Kandidatur hegt selbst die Opposition keine ernst zu nehmenden Zweifel an einer Wiederwahl.

Vor diesem Hintergrund differieren die Einschätzung der Erfolgsaussichten des Referendums. Nach den Schwierigkeiten des Referendums in der vergangenen Sitzungsperiode halten einige Beobachter, die sich angeblich auf Quellen aus dem Präsidentenpalast stützen können, das Uribe noch offene Zeitfenster für eine Entscheidung für stark eingeschränkt und gehen jetzt eher davon aus, dass das parlamentarische Verfahren gescheitert ist, wenn das Referendum nicht spätestens bis Mitte August abgeschlossen ist.

Trotz aller Anstrengungen seitens des Uribe-Lagers sollte man es aber auch nicht für ausgeschlossen halten, dass Uribe, der inzwischen öffentlich mit seinen „Seelenqualen“⁵ über die Schwierigkeit der Entscheidungsfindung kokettiert, zu

3 | Siehe *Semana* vom 30. März 2009 „Uribe no debe aspirar a reelección: Episcopado“ (http://www.semana.com/wf_ImprimirArticulo.aspx?IdArt=122351) sowie *Cambio* Nr. 836 vom 9.-15. Juli 2009, „Sin su bendición“, S.38f.

4 | *The Economist* vom 14. Mai 2009, „Uribe edges towards autocracy“ (http://www.economist.com/world/americas/PrinterFriendly.cfm?story_id=13649375).

5 | So äußerte sich Uribe gegenüber dem ehemaligen US-Präsidenten Carter, er sei dabei, „seine Seele davon zu überzeugen, es nicht zu tun“ (*Semana* Nr. 1408 vom 27.4.-4.5. 2009, S.14). Einige Zeit später sprach er in einem öffentlichen Vortrag in den USA von der Entscheidung als einem „Scheideweg der Seele“ (<http://www.americaeconomia.com/NotePrint.aspx?Note=273584>).

einem unerwarteten Zeitpunkt die Reißleine zieht und seinen Rückzug verkündet.

Ebenso denkbar ist aber auch, dass Uribe, dessen taktisches und strategisches Geschick niemand bezweifelt, sich mehr Zeit für die Verabschiedung des Referendums im Parlament einräumt als die verschiedenen Auguren ihm zugestehen wollen, die Ergebnisse der Vorwahlen der verschiedenen Parteien oder Parteienbündnisse abwartet und dann ein neues Szenario schafft.

DIE HÜRDEN EINER WIEDERWAHL

Nach einer Verabschiedung im Kongress sieht sich das Referendum zwei weiteren Hürden gegenüber. So muss das Gesetz in einem Vorprüfungsverfahren durch das Verfassungsgericht als verfassungsgemäß bestätigt werden.

Die Verfassung von 1991 enthielt für den Staatspräsidenten keine Wiederwahlmöglichkeit (Artikel 197). Eine Verfassungsreform aus dem Jahre 2004 ermöglichte eine einmalige, auch unmittelbare Wiederwahl.

Spekulationen über den möglichen Ausgang einer Entscheidung des Verfassungsgerichts über ein Wiederwahlreferendum 2009

Das Verfassungsgericht hat diese Verfassungsänderung in einem rund 800 Seiten umfassenden Urteil (C-1040-2005) gebilligt. Die dabei formulierten Interpretationen und Einschränkungen bieten die Grundlage für vielfältige Spekulationen über den möglichen Ausgang einer Entscheidung des Verfassungsgerichts über ein Wiederwahlreferendum 2009. Ohne vorliegend vertieft in die verfassungsrechtlichen Interpretationen einsteigen zu können, bleibt festzustellen, dass sich aus dem Urteil des Verfassungsgerichts zwar Anhaltspunkte herausarbeiten lassen, die in einem etwaigen Urteil über eine zweite Wiederwahl von Relevanz sind. Eine eindeutige Voraussage, wie das Verfassungsgericht diese Kriterien in einem veränderten Kontext auslegt, kann jedoch nicht getroffen werden.

Das Verfassungsgericht hat in dem o.a. Urteil die Grenzen einer Verfassungsreform durch den Kongress definiert. Danach kann der Kongress die Verfassung nur begrenzt ändern, keinesfalls darf er sie „abschaffen, unterminieren oder ersetzen“. In einer einmaligen Wiederwahl des Staatspräsidenten, die durch ein Gesetz, das die Rechte der Opposition und die

Gleichheit im Präsidentschaftswahlkampf garantiert,⁶ begleitet wird, sieht das Verfassungsgericht diese Grenze nicht überschritten. Die Wesenselemente eines sozialen und demokratischen Rechtsstaats seien nicht verletzt. Insbesondere behielten die Überwachungs- und Kontrollinstanzen ihre bestehenden Kompetenzen, das System der *pesos y contrapesos*, der *checks and balances* sei gewährleistet.

Nun stellt sich die Frage, ob das Verfassungsgericht bei einer zweiten unmittelbaren Wiederwahl die Gewichtung ähnlich vornimmt. Hier kommen einige zentrale Fragen ins Spiel: Ist eine durch ein Referendum angestrebte zweite Wiederwahl des Staatspräsidenten anders als eine durch eine seitens des Gesetzgebers initiierte Verfassungsänderung

zu bewerten? Kommt einer Referendumsinitiative der gleiche Rang wie einer Verfassungsgebenden Versammlung zu mit der Konsequenz, dass die aufgezeigten Grenzen nicht oder nicht

Kommt einer Referendumsinitiative der gleiche Rang wie einer Verfassungsgebenden Versammlung zu?

in diesem Umfang gelten? Sind unabhängig vom Ursprung der Initiative die Wesenselemente der Verfassung in gleichem Umfang zu sichern? Ersetzt eine zweite Wiederwahl das politische System Kolumbiens?⁷ Sind das institutionelle Kontrollsystem und die *pesos y contrapesos* auch dann noch gewährleistet, wenn aufgrund der aufeinanderfolgenden Wiederwahlmöglichkeiten und der dem Staatspräsidenten zustehenden Ernennungs- oder Vorschlagsrechte für wichtige staatliche Positionen eine „Homogenisierung“, um nicht zu sagen eine demokratische Aushöhlung von Machtteilungs- und Kontrollmechanismen absehbar ist?

Sollte das Referendum nach der parlamentarischen auch die verfassungsrechtliche Hürde nehmen, steht eine weitere bevor. Das Referendum bedarf zu seiner Gültigkeit der Beteili-

6 | In Konsequenz dieser verfassungsgerichtlichen Vorgabe wurde die Ley de garantías (Garantiesgesetz), Ley 996 vom 24. November 2005 verabschiedet.

7 | Das Verfassungsgericht hält durch eine Wiederwahl als solche weder das demokratische System gefährdet noch das präsidentielle durch ein präsidentialistisches System ersetzt. Mit dieser nicht näher ausgeführten Differenzierung greift das Verfassungsgericht offensichtlich die durch Maurice Duverger eingeführte Unterscheidung auf. Nach Duverger (1992:152) hat sich das klassische präsidentielle System vor allem in den USA entwickelt. Der Präsidentialismus stellt demgegenüber „eine deformierte Übernahme des klassischen präsidentiellen Systems dar, wegen der Schwächung der Kompetenzen des Parlaments und der Hypertrophie an Kompetenzen des Präsidenten“.

gung von 25 Prozent der Wahlberechtigten, das sind aktuell rund 7,3 Millionen Stimmen. Davon wiederum müssen sich 50 Prozent der Wähler für eine zweite Wiederwahlmöglichkeit aussprechen.⁸

Auch wenn eine Präsidentschaftskandidatur Uribes auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung stößt, bedeutet das nicht automatisch, dass sich diese Zustimmung zwingend in einer entsprechenden Wahlbeteiligung bei einem Referendum widerspiegelt. Auch die Vermutung, die Regierung könnte die Abstimmung über die Wiederwahl mit dem Referendum über die Wassernutzung und -rechte und dem Referendum über lebenslange Freiheitsstrafen für Vergewaltigung Minderjähriger verbinden, um so die Wahlbeteiligung zu steigern, bietet keine Garantie für die erforderliche hohe Beteiligung.⁹

Es könnte zu einer Situation kommen, in der zwar das Referendum wegen einer nicht ausreichenden Beteiligung nicht gültig ist, die Befürworter aber dennoch mehr als einen Achtungserfolg erringen.

Angesichts der mit dem Referendum verbundenen Schwierigkeiten haben einige uribistas im Mai eine formale Verfassungsänderung im Parlament eingebracht.

Angesichts der mit dem Referendum verbundenen Schwierigkeiten haben einige *uribistas* im Mai eine formale Verfassungsänderung im Parlament eingebracht in der angesichts des hierfür erforderlichen Verfahrens schwer nachzuvollziehenden Hoffnung, die formalen Probleme einer erneuten Uribe-Kandidatur via Referendum zu minimieren.

Wurde dieser Vorstoß bereits mit politischen wie verfassungsrechtlichen Fragezeichen versehen, so erntete der jüngste Vorschlag der Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung offene Ablehnung bis Kopfschütteln. Allerdings wurde dieser Ansatz auch als versteckte Drohung gegenüber dem Referendum ablehnend oder skeptisch gegenüberstehenden Parlamentariern interpretiert.

Die Aussichten, das Referendum nun in den ersten Wochen der am 20. Juli beginnenden neuen Sitzungsperiode verabschieden zu können, werden als eher gering angesehen.

8 | Uribe hatte bei den Präsidentschaftswahlen 2006 von 11 607 672 abgegebenen Stimmen 7 363 421 Stimmen erhalten.

9 | Zudem musste Uribe in seiner ersten Amtsperiode bei dem Referendum vom 25. Oktober 2003 über verschiedene Vorschläge zu Verfassungsänderungen eine Niederlage hinnehmen.

Dies hat zu einem ersten Gipfeltreffen der führenden *uribistas*, darunter als einziger eingeladenen PCC-Vertreter Felipe Arias, geführt, in der die verschiedenen Szenarien diskutiert wurden. Die im Nachgang zu diesem Treffen an die Öffentlichkeit gelangten oder lancierten Informationen und Interpretationen sind aber eher ein Beispiel für gezielte Desinformation denn eine klare Botschaft, wohin die Reise der *uribistas* und des Präsidenten gehen soll.

DIE PARTEIEN IM VORWAHLKAMPF – DIE REGIERUNGSPARTEIEN¹⁰

Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf die relevanten Parteien der aktuellen Regierungskoalition und der Opposition.

DER PARTIDO DE LA U

Die geringsten Probleme hat die Partei Uribes, der Partido Social de Unidad Nacional (PSUN), allgemein allerdings nur als Partido de la U bezeichnet. Will und kann Uribe erneut kandidieren, wird er dies zumindest als Kandidat „de la U“ tun. Ob es gelingt, ein neues gemeinsames Parteiprojekt aller oder der meisten uribistischen Strömungen aus der Taufe zu heben oder ob Uribe als gemeinsamer Kandidat (von Teilen) der aktuellen Regierungskoalition ins Rennen geht, bleibt abzuwarten.

Will und kann Uribe erneut kandidieren, wird er dies zumindest als Kandidat „de la U“ tun.

Tritt Uribe nicht mehr an, dürfte dem aufgrund wahlrechtlicher Bestimmungen Anfang Mai zurückgetretenen Verteidigungsminister Manuel Santos trotz gewisser Scharmützel mit Staatspräsident Uribe die Spitzenkandidatur der Uribe-Partei nicht zu nehmen sein. Santos genießt angesichts der in seine Amtszeit fallenden Erfolge im Kampf vor allem gegen die FARC (zu nennen sind u.a. die sog. Operation „Jaque“ zur Befreiung der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt nach rund fünf Jahren FARC-Gefangenschaft sowie die Bombardierung eines FARC-Lagers in Ekuador die sogen.

10 | In deutscher Sprache existieren keine umfassenden Untersuchungen des kolumbianischen Parteiensystems. Selbst in Kolumbien ist dies ein Desiderat der politikwissenschaftlichen Forschung. Eine Ausnahme stellt Gutiérrez (2007) dar. Zu einer die mittelfristige Entwicklung des kolumbianischen Parteiensystems mit einbeziehende Analyse des Ergebnisses der Kongresswahlen 2006 siehe Meyer (2006).

Operation „Fénix“, die zum Tod des stellvertretenden Kommandierenden der FARC, Alfonso Reyes, und aufgrund der sichergestellten Computer zu wichtigen Erkenntnissen über die FARC und deren Verbindungen führte) einen hervorragenden Ruf. Der von einem ecuadorianischen Richter gegen Santos bei Interpol beantragte Haftbefehl, von Interpol inzwischen abgelehnt, hat zu einer Solidarisierungswelle über Parteigrenzen hinweg mit Santos geführt und wird allgemein als unbezahlbare Wahlkampfhilfe eingeschätzt.

Santos ist eine Sensibilität für über die *seguridad democrática* hinausgehenden Fragen sicherlich nicht abzusprechen. Obwohl er in den meisten der eine Kandidatur Uribes ausblendenden Umfragen mit deutlichem Abstand vorne liegt, müsste er dennoch erst unter Beweis stellen, dass er in einem andere Fragen und Politikbereiche stärker akzentuierenden Wahlkampf allein mit seiner unbestrittenen Kompetenz der *seguridad democrática* bestehen könnte.

Santos scheint daran interessiert zu sein, im Falle einer Nichtkandidatur Uribes im Lager der bisherigen Regierungsparteien, zumindest aber zwischen der „de la U“ und der PCC zu einer Einigung auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten zu kommen.

CAMBIO RADICAL (CR)

Auch der Cambio Radical (CR), eine Ende der neunziger Jahre aus dem liberalen Spektrum entstandene Partei, zählte zu den Unterstützern Uribes. Dessen Wiederwahlambitionen haben jedoch zu einer deutlichen Distanz zwischen Uribe und dem CR-Vorsitzenden Germán Vargas Lleras geführt, der eine solche Wiederwahl strikt ablehnt. Vargas Lleras ist bislang der einzige Prä-Kandidat für die Präsidentschaftskandidatur des CR, und will diese auch im Falle einer erneuten Kandidatur Uribes aufrechterhalten. Eine Konkurrenz innerhalb des CR ist nicht erkennbar. Ob Vargas Lleras allerdings auch im Falle einer erneuten Kandidatur Uribes mit der ungeteilten Unterstützung seiner Partei rechnen kann, ist durchaus mit einem Fragezeichen zu versehen. Hier dürfte allein aus Gründen der Mandatssicherung und einer weiteren Regierungsbeteiligung Vieles dafür sprechen, dass Teile der Partei für eine weitere Unterstützung Uribes plädieren werden.

Die Wiederwahlambitionen des CR haben zu einer deutlichen Distanz zwischen Uribe und dem CR-Vorsitzenden Germán Vargas Lleras geführt, der eine solche Wiederwahl strikt ablehnt.

Für den Fall eines Rückzuges von Uribe deutet sich ein interessantes Szenario an. So kam es in den vergangenen Wochen zu einer Reihe von Lockerungsübungen im gespannten Verhältnis zwischen Vargas Lleras und seiner ursprünglichen politischen Heimat, dem PL. Der Präsident des PL, der ehemalige Staatspräsident César Gaviria, geht davon aus, dass bei einer Kandidatur Uribes dessen Wahlsieg als sicher anzunehmen sei und in diesem Fall keine Notwendigkeit bestehe, sich zwischen verschiedenen Parteien auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Sollte Uribe jedoch nicht antreten, sei es denkbar, dass es zwischen Vargas Lleras und dem aus den Vorwahlen¹¹ des PL hervorgehenden Präsidentschaftskandidaten eine *consulta intrapartidista* stattfinde und man so einen gemeinsamen Kandidaten unterstützen könne.

Dies böte für Vargas Lleras die Möglichkeit, sich dem PL wieder anzunähern und von dessen ausgeprägteren Parteistrukturen zu profitieren. Angesichts der Tatsache, dass die liberalen Prä-Kandidaten in den Umfragen bislang keinen Boden gewinnen konnten, werden Vargas Lleras in einer solchen Konstellation auch gute Chancen eingeräumt. Dennoch sind mit einer solchen Operation auch Unwägbarkeiten verbunden. So besteht ein Akzeptanzproblem darin, dass Vargas Lleras sich nach wie vor als *uribista* in dem Sinne bezeichnet, dass er für eine konsequente Fortführung der *seguridad democrática* eintritt, eine Forderung, die nicht gerade zum Standardrepertoire der liberalen Prä-Kandidaten und der Partei zählt. Hinzu kommt, dass nicht sicher ist, ob eine Wiederannäherung an den PL von allen Teilen des CR befürwortet wird und nicht zu einem Auseinanderbrechen der Partei führen kann.

Vargas Lleras bezeichnet sich nach wie vor als *uribista* in dem Sinne, dass er für eine konsequente Fortführung der *seguridad democrática* eintritt.

Beide Optionen, eine eigenständige CR-Kandidatur wie eine Beteiligung an einer *consulta intrapartidista* zwischen CR und PL scheinen, die Unwägbarkeiten kolumbianischer Politik außen vor, jedenfalls deutlich realistischer als eine erneute Einbindung von Vargas Lleras in ein uribistisches Parteien- oder Wahlbündnis.

11 | In Kolumbien führen die Parteien Vorwahlen zur Bestimmung ihrer Kandidaten durch. Diese Vorwahlen (*consultas*) können interne, d. h. auf die Teilnahme von eingeschriebenen Parteimitgliedern beschränkte, oder *consultas populares* sein, bei denen jeder Wahlberechtigte mitwirken kann.

PARTIDO CONSERVADOR COLOMBIANO (PCC)

Zunehmend problematischer stellt sich die Situation für die Konservative Partei Kolumbiens (PCC) dar. Der PCC, im Reigen der kolumbianischen Parteien sicherlich eine der organisatorisch gefestigtesten Parteien, unterstützt seit 2002 die Regierung Uribe. Trotz seiner *cuotas de poder*, d. h. seiner Beteiligung im Regierungsapparat, haben diese Jahre zu einer zunehmend zugespitzter geführten innerparteilichen wie öffentlichen Diskussion darüber geführt, ob der PCC bereits jetzt auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten verzichten und vorbehaltlos das Wiederwahlreferendum unterstützen oder durch einen zumindest im ersten Wahlgang antretenden eigenen Präsidentschaftskandidaten seinen Regierungsanspruch manifestieren und dadurch ein eigenständigeres Profil gewinnen sollte. So ist jüngst der unmittelbare Vorgänger Uribes, der letzte Staatspräsident der PCC, Andrés Pastrana, als scharfer Kritiker Uribes und des aktuellen Kurses der Partei hervorgetreten. Ihm fehlt seitens der Partei ein klar erkennbarer Wille zur Macht.

Der Wahlkampf der bislang vier Prä-Kandidaten des PCC ist im vollen Gange. Andrés Felipe Arias, ehemaliger erfolgreicher Landwirtschaftsminister und als treuer Schildknappe Uribes allgemein „Uribito“ (kleiner Uribe) genannt, liegt als jüngster Prä-Kandidat des PCC bislang deutlich an der Spitze der Umfragen. Seine harte Haltung gegenüber Dialogansätzen mit der Guerilla sowie seine auf seine Jugendlichkeit abstellende Forderung nach einem politischen Generationenwechsel stoßen im PCC nicht nur auf Gegenliebe. „Zu jung, zu emotional, zuviel hardliner“ lauten auch die innerhalb des PCC vorgebrachten Bedenken. In einer direkten Konfrontation bspw. mit Santos werden ihm keine Chancen eingeräumt. Arias hat auch schon zu erkennen gegeben, dass Santos und er zusammen marschieren müssten.

Arias' harte Haltung gegenüber Dialogansätzen mit der Guerilla sowie seine auf seine Jugendlichkeit abstellende Forderung nach einem politischen Generationenwechsel stoßen im PCC nicht nur auf Gegenliebe.

Anfängliche Ansätze, Arias wegen seines uneingeschränkten Uribe-Bekenntnisses als einen aussichtslosen „Kandidaten der Kontinuität“ darzustellen und gleichsam einen kolumbianischen McCain-Effekt herbeizubeschwören, verfinden jedoch nicht.

Arias hat sich bereits öffentlich darauf festgelegt, dass er im Falle einer Kandidatur Uribe seine Kandidatur nicht weiter aufrechterhalten wird. Sollte Arias, woran im Moment niemand zweifelt, die Vorwahlen des PCC gewinnen, Uribe dann gegen Ende des Jahres seine Kandidatur ankündigen und Arias seine zurückziehen, bliebe dem PCC realistischlicherweise nichts anderes übrig, als Uribe zu unterstützen, da er ansonsten mit einem Präsidentschaftskandidaten zweiter Wahl ins Rennen gehen müsste.

Diese auflösende Bedingung seiner Kandidatur setzt Arias zunehmend Akzeptanzgrenzen und könnte, je länger Uribe seine Entscheidung hinauszögert, zu einer stärkeren Belastung für ihn werden als sein Alter.

Weitere Kandidaten sind der ehemalige Parteichef und Minister Holguin, der ehemalige, von der FARC sieben Jahre in Haft gehaltene Außenminister Fernando Araujo und der frühere Prä-Kandidat José Galat. Während zur Überraschung der Partei selbst Holguin und Araujo kaum an Boden gewinnen, konnte sich der 80-jährige Galat, Rektor der Universität Gran Colombia, Vertreter des konservativen Flügels der Partei und in deren streng katholischem Umfeld gut verankert, wenn auch mit deutlichem Abstand zu Felipe Arias auf den zweiten Platz der Umfragen der PCC-Kandidaten vorarbeiten. Kolportiert wird, dass Holguin, Araujo und Galat die Möglichkeiten ventilieren, sich auf einen Gegenkandidaten zu Arias zu einigen mit der Maßgabe, bei einem Erfolg diese Kandidatur auch im Falle eine Uribe-Kandidatur aufrechtzuerhalten.

Der 80-jährige Galat, Rektor der Universität Gran Colombia, ist Vertreter des konservativen Flügels der Partei und in deren streng katholischem Umfeld gut verankert.

Aufgrund der innerparteilichen Fristsetzung des PCC für die Vorwahlen können bis zum 10. August weitere Kandidaten den Hut in den Ring werfen. Es scheint nicht ausgeschlossen, dass sich das innerparteiliche Bewerberfeld in kürzester Zeit neu ausrichten kann. Genannt wird vor allem Noemi Sanini, seit mehr als sechs Jahren Botschafterin in London.

Alle Planspiele könnten jedoch Makulatur werden, da nach einigen erkennbaren, aber begrenzten Vorwehen die Debatte über eine zweite Wiederwahl von Staatspräsident Uribe den PCC im Juni in vollem Umfang erreicht hat. Bereits vor Monaten wurde deutlich, dass es innerhalb wie im Umfeld der

Partei eine Strömung gibt, die eine Wiederwahl ablehnt und darauf abzielt, dass der PCC sein eigenes Profil schärft und mit einem eigenen Kandidaten antritt.

Der PCC tat sich erkennbar schwer, sich in der Wiederwahldebatte auf eine Linie zu verständigen. Zunächst schien dies dadurch zu gelingen, dass man das Wiederwahl-Referendum unterstützt, gleichzeitig aber den parteiinternen Vorwahlkampf, der durch eine *Consulta Popular* am 27. September entschieden werden soll, vorantreibt. Diese Doppelstrategie, die allein geeignet sein dürfte, der Partei ein eigenständiges Profil zu verschaffen, sie nicht bedingungslos der Wiederwahl zu verpflichten und so zu einem Anhängsel Uribes zu machen, wurde nun Mitte Juni durch einen offenen Brief von zwölf der 18 PCC-Senatoren, darunter dem Senatspräsidenten, in Frage gestellt. Gefordert wird in diesem Brief, dass der Parteivorstand die *Consulta* suspendiert und der PCC allein das Wiederwahl-Referendum unterstützt. Eine PCC-Kandidatur soll damit im Endergebnis von einer Entscheidung Uribes über seine eigenen Ambitionen abhängig gemacht werden. Als un-

Eine PCC-Kandidatur soll im Endergebnis von einer Entscheidung Uribes über seine eigenen Ambitionen abhängig gemacht werden.

mittelbare Reaktion hierauf veröffentlichten 22 der 30 PCC-Abgeordneten, die Abgeordnetenfraktion gilt als „Bank“ für Felipe Arias, einen Brief, der die bisherige Linie der Partei unterstützt.¹²

Die Lesart des Vorstoßes der Senatoren ist unterschiedlich. Einige sehen darin die lange Hand Uribes am Werk, andere lediglich einen verdeckten parteiinternen Vorstoß, der von einigen gewünschten Kandidatin Noemí Sanín ermöglichen soll, die Einschreibefrist für die innerparteilichen Vorwahlen vom 10. August zu überschreiten und damit ihre Kandidatur von einer Entscheidung Uribes abhängig zu machen.

12 | In einer Sitzung des Parteivorstandes am 14. Juli konnten sich die vier Prä-Kandidaten mit ihrer Linie durchsetzen, den Termin der *consulta* beizubehalten. In einem weiteren Schritt werden nun die Fraktionen des PCC im Kongress (Abgeordnetenversammlung und Senat) in eine abschließende Entscheidung mit eingebunden. Einer solchen Initiative werden allerdings insofern wenig Chancen eingeräumt, als alle anderen Parteien ihre *consulta* am gleichen Tag durchführen und die für die Organisation und Überwachung zuständige Registraduría eine Verschiebung wohl nur dann zulassen würde, wenn eine nicht zu erwartende Bereitschaft aller Parteien zu einer Verschiebung bestünde.

Sanín scheint kandidieren zu wollen. Nach ihren bisherigen vergeblichen Anläufen¹³ und ihrer mehrjährigen Abwesenheit von Kolumbien dürfte dies wohl auch ihre letzte Chance sein. Nur so ist ihr angekündigter Rücktritt als Botschafterin einzuordnen. Nach Einschätzung auch ihr Nahestehender ist Sanín im Zweifel aber nicht bereit, sich einer *consulta* auszusetzen, sondern steht dem PCC nur dann zu Verfügung, wenn die Partei sie ohne Auseinandersetzungen nominiert. Dies allerdings dürfte eher unwahrscheinlich sein. Vor diesem Hintergrund hat eine kleine uribistische Partei, ALAS Equipo Colombia, Sanín bereits die Spitzenkandidatur angeboten. Auch der Vorsitzende der „de la U“ hat, allerdings ohne großes Echo bei seinen Parteifreunden, öffentlich zu erkennen gegeben, dass er sich eine Beteiligung Saníns in den Vorwahlen der Uribe-Partei vorstellen könne.

Sollte es im Falle einer Nichtkandidatur Uribes zu einer *consulta intrapartidista* zwischen dem Partido de la U, dem PCC sowie den kleineren uribistischen Parteien kommen, werden Noemi Sanín in einer solchen Konstellation durchaus Chancen eingeräumt.

Eine Kandidatur Uribes wird den PCC vor eine äußerst schwierige Entscheidung stellen. Die Parteiführung könnte sich sehr schnell vor die Herausforderung gestellt sehen, die Einheit der Partei zu bewahren. Angesichts der mit dem Wiederwahl-Referendum verbundenen vielfältigen juristischen, zeitlichen wie politischen Schwierigkeiten ist schwer nachzuvollziehen, warum zu diesem Zeitpunkt die Senatorengruppe die Partei öffentlich in eine Zerreißprobe führt. Ob die jetzige Debatte beim PCC zu organisatorischen Spaltungen, zumindest aber zu umfangreicheren und bedeutenden Übertritten führt, bleibt abzuwarten. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Brief der Senatoren einen Tag nach der Entscheidung der Vermittlungskommission von Abgeordnetenversammlung und Senat über den Text der Politischen Reform veröffentlicht wurde. Dieser neue Text sieht entgegen der bisherigen Fassung nun vor, dass ein Parteiwechsel ohne weitere Beschränkungen möglich sein soll. Es drängt sich die Vermutung auf, dass darin seitens

Ggf. besteht die Herausforderung, die Einheit der Partei zu bewahren.

13 | Sanín, die auch Ämter in liberalen Regierungen übernommen hatte, kandidierte bereits zweimal außerhalb des PCC für das Amt des Staatspräsidenten. 2002 erhielt sie knapp über 2,8 Millionen Stimmen, 2006 lediglich rund 642 000 Stimmen.

der zwölf Senatoren trotz mancher Beschwichtigungen nach der Veröffentlichung ein Druckmittel gegenüber der eigenen Partei gesehen wird, die Option eines Parteiwechsels auszureizen.

DIE PARTEIEN DER OPPOSITION

PARTIDO LIBERAL (PL)

Der Partido Liberal, neben dem PCC die zweite historische Partei Kolumbiens, hatte seit den Wahlen 2002 bittere Niederlagen zu verkraften. Zwar war sie Uribe bei den Präsidentschaftswahlen 2002 deutlich unterlegen, konnte sich aber gegenüber den beiden nachfolgenden Parteien ebenso klar absetzen.¹⁴ Bei den Präsidentschaftswahlen 2006 rutschte der PL dann mit rund 1,4 Millionen Stimmen (zwölf Prozent) mit großem Abstand zum Polo Democrático Alternativo (PDA) auf den dritten Platz. Auch bei den Kongresswahlen 2002 und 2006 landete der PL

Auch bei den Kongresswahlen 2002 und 2006 landete der PL hinter der Uribe-Partei und dem PCC.

hinter der Uribe-Partei und dem PCC. Die Ursachen dieses Niedergangs waren vielfältiger Natur. Politische Abnutzungserscheinungen, ein wenig überzeugendes Personalangebot, vor allem aber die Absetzbewegungen aus dem liberalen Lager in Richtung Uribismo nach den Wahlen 2002 sind zu nennen.

Der PL hat in seinen Fraktionen der Abgeordnetenversammlung und des Senats durchaus national bekannte und anerkannte Politiker. Allerdings ist es dem PL nicht gelungen, sich als Partei wieder besser zu positionieren. Einzelpersonen dominieren. So ist es nicht verwunderlich, dass sich im PL insgesamt sieben Prä-Kandidaten um die Präsidentschaftskandidatur bewerben: Rafael Pardo, erster ziviler Verteidigungsminister Kolumbiens und Senator, dem aktuell die besten Chancen eingeräumt werden; Alfonso Gómez, u.a. ehemaliger Generalbundesanwalt und Botschafter; Iván Marulanda, ehemaliger Parlamentarier und Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung von 1991; Héctor Helí Rojas, Anwalt und ehemaliger Parlamentarier; Cecilia López, ehemalige Landwirtschaftsministerin und aktuell Senatorin; Alfonso López Cabal-

14 | Uribe erzielte rund 5,7 Millionen Stimmen (53 Prozent), der PL-Kandidat Serpa rund 3,5 Millionen Stimmen (32 Prozent), während die linke Sammlungsbewegung PDI auf rund 680 000 Stimmen (6,2 Prozent) und SI Colombia mit Noemí Sanín als Kandidatin auf rund 642 000 Stimmen (5,8 Prozent) kam.

lero, ehemaliger Minister, Parlamentarier und Botschafter; Aníbal Gaviria, jüngster Bewerber, ehemaliger Gouverneur von Antioquia.

Der PL-Parteipräsident und ehemalige Staatspräsident César Gaviria hat die Gefahr dieses die Partei atomisierenden Personalismus offensichtlich erkannt und sich bemüht, die denkbaren Auswirkungen in Grenzen zu halten. So unternimmt Gaviria zusammen mit allen Prä-Kandidaten eine weitgehend gemeinsame Vorwahltour durch Kolumbien, von der Presse teils als Reise Gavirias und der „sieben Zwerge“ bezeichnet, was der Statur der einzelnen Kandidaten sicherlich nicht durchgehend gerecht wird.

Die Tatsache, dass keiner der PL-Kandidaten in den bisherigen Umfragen einen nennenswerten Platz belegt, hat sicherlich dazu beigetragen, dass seitens der PL-Führung für den Fall eines Rückzugs Uribes in einer *consulta intrapartidista* der jeweiligen Spitzenkandidaten zwischen dem CR und dem PL eine Chance gesehen wird, einen gemeinsamen zugkräftigen Präsidentschaftskandidaten zu gewinnen, den der PL aus den eigenen Reihen aktuell offensichtlich nicht aufzuweisen hat. Nach aktuellen Umfragen besteht kein Zweifel daran, dass Vargas Lleras eine solche *consulta intrapartidista* mit deutlichem Abstand für sich entscheiden würde.

Einen gemeinsamen zugkräftigen Präsidentschaftskandidaten gewinnen, den der PL aus den eigenen Reihen aktuell offensichtlich nicht aufzuweisen hat.

Diese Option scheint für den PL in der aktuellen Situation die erfolgversprechendste Möglichkeit zu sein, zumindest die partielle Wiedervereinigung des politischen Liberalismus einzuleiten und sich eine tragfähigere Ausgangsbasis für die kommenden Jahre zu schaffen.

POLO DEMOCRÁTICO ALTERNATIVO (PDA)

Der Polo ist eine Sammlungsbewegung verschiedener linker Gruppierungen. Er landete, damals noch als Polo Democrático Independiente (PDI) bei den Präsidentschaftswahlen 2002 mit dem Spitzenkandidaten Luis „Lucho“ Eduardo Garzón abgeschlagen auf dem dritten Platz mit knapp 6,2 Prozent. Bei den anschließenden Kommunal- und Regionalwahlen trat der Polo allerdings nahezu überall mit eigenen Kandidaten an und gewann u.a. die Hauptstadt Bogotá. Im Vorfeld der Wahlen kam es dann zu weiteren Zusammenschlüssen unter dem Dach des PDA und der Nominierung eines gemeinsamen Prä-

sidentschaftskandidaten, dem ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichts, Carlos Gaviria.

Mit rund 3,5 Millionen Stimmen (31,1 Prozent) erreichte Gaviria bei den Präsidentschaftswahlen 2006 das beste Ergebnis der kolumbianischen Linken. Im Vorfeld der internen Diskussion um die Spitzenkandidatur hatte Gaviria zu Beginn des Jahres 2009 klargestellt, dass er für eine erneute Kandidatur nicht zur Verfügung steht. Diese Rückzugspläne hatten jedoch zu wenig berücksichtigt, dass der Polo nach wie vor aus teils recht heterogenen linken Gruppierungen besteht und Gaviria das personell zentrale und verbindende Element darstellt, mit dem ein Auseinanderfallen des Polo verhindert

Das einflussreichste Amt, das der Polo besetzt, ist das des Bürgermeisters der Hauptstadt Bogotá.

werden kann. Hinzu kommt, dass das einflussreichste Amt, das der Polo besetzt, das des Bürgermeisters der Hauptstadt Bogotá, aufgrund des dramatischen Ansehensverlustes des Amtsinhabers keine sichere Wählerbank für die anstehenden Wahlen darstellt und es daher einer national anerkannten Führungspersönlichkeit bedarf, will der Polo seine Position nicht verlieren.

Gegenspieler Gavirias ist der ehemalige Angehörige der Guerrilla-Organisation M 19 und jetzige Senator Gustavo Petro, der wegen seiner entschiedenen Opposition gegenüber Uribe, aber auch der Kritik an seiner eigenen Partei wegen Korruption und Klientelismus bekannt wurde. Für die dogmatischen und orthodoxen Kräfte des Polo ist Petro nicht akzeptabel. Dies gilt vor allem für dessen Forderung nach einer Öffnung der Partei und der Suche nach einer *convergencia*, um Oppositionskräfte gegen Uribe zu bündeln. Die Traditionalisten des Polo bevorzugen aus Gründen der ideologischen Kohärenz eine Kandidatur ohne weitere Verbündete.

Gaviria sah sich daher gezwungen, den Rückzug vom Rückzug anzutreten und sich einer Vorwahl zu stellen. Petro stand kurz vor einem Parteiaustritt, entschloss sich dann aber doch mit dem Ziel, „die demokratische Linke zu retten“, sich der Vorwahl mit Gaviria zu stellen. Alles spricht dafür, dass Gaviria deutlich gewinnt. Dennoch könnte für Petro sein Verbleiben im Polo die entscheidende Grundlage seiner weiteren politischen Zukunft sein.

Ein weiterer Aspirant, der Spitzenkandidat der Wahlen 2002, Lucho Garzón, war wenige Tage vorher aus dem Polo ausge-

treten und ventiliert die Chancen für eine Präsidentschaftskandidatur außerhalb des Polo.¹⁵

Was die *parapolítica*, d. h. der Einfluss der AUC auf das politische System in Form von Absprachen, Kartellbildung und Kandidatenunterstützung war und ist, ist, wenngleich quantitativ nicht vergleichbar, die *Farc-Política*, d. h. die Frage, wie Politiker des Polo sich einer Zusammenarbeit mit der Guerilla schuldig gemacht haben, für den Polo. Hier bleibt abzuwarten, was die eingeleiteten staatsanwaltlichen Untersuchungen ergeben.

Farc-Política ist für den Polo die Frage, wie Politiker des Polo sich einer Zusammenarbeit mit der Guerrilla schuldig gemacht haben.

DIE „UNABHÄNGIGEN“

Im Umfeld der Kritik an dem Gesetz zur Politischen Reform¹⁶ fand sich eine Gruppe von Politikern zusammen, die in sehr unterschiedlichen Positionen tätig waren. Drei ehemalige Bürgermeister von Bogotá, Antanas Mockus, Lucho Garzón und Enrique Peñalosa, sowie der ehemalige Bürgermeister von Medellín, Sergio Fajardo. Die Frau im Bund, Marta Lucía Ramírez, kommt aus dem politischen Konservatismus, schloss sich der Partei Uribes an und war Senatorin. Im Frühjahr 2009 trat sie wegen ihrer Ablehnung der Wiederwahl Uribes aus der Partei aus.

15 | Ein weiterer Prä-Kandidat des Polo, Lucio Torres, Mitglied der Parteiführung, ist völlig unbekannt und spielt keinerlei Rolle.

16 | Mit dieser „Reforma Política“ sollten nach den Erfahrungen mit dem Einfluss der paramilitärischen AUC in die Strukturen regionaler und nationaler (Partei)politik die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass derartigen Einflüssen vorgebeugt, zumindest aber entsprechende Sanktionen wie bspw. Aberkennung des Mandats (*silla vacía*) oder strikte Regelungen für einen Parteiübertritt von Parlamentariern normiert werden. Die Letztfassung der Reform erschien jedoch immer stärker als Projekt einer Regierung, die keine durchgreifende Reform will, sondern lediglich daran interessiert erscheint, einige für möglicherweise anstehende Neuformierung bestimmter Kräfte relevante Übergangsregelungen durchzuboxen, denn als umfassendes und den zentralen Ursprungsmotivationen gerecht werdendes Reformwerk. Die Instrumentalisierung dieser Reform wurde unübersehbar, als der Innenminister, einer der optimistischsten Paladine Uribes, versuchte, im Kontext des Reformgesetzes die 1991 abgeschaffte parlamentarische Immunität wieder einzuführen und sich die Parlamentarier gewogen zu machen und für das Wiederwahlreferendum zu gewinnen. Nach einem Sturm der Entrüstung wurde das Vorhaben des Innenministers aus dem Präsidentenpalast heraus gestoppt.

Sofort wurde die Frage gestellt, ob sich hier die Gründung einer neuen politischen Partei oder Bewegung andeute, oder ob es sich nur um ein publizistisches Strohfeuer handele, das vor allem der individuellen Projektion für die jeweils eigene Präsidentschaftskandidatur diene. Auch die (Selbst)Bezeichnung „Unabhängige“ ist ein eher zweifelhaftes Etikett. Im aktuellen Kontext scheint „unabhängig“ eher für „klein“ und „oppositionell“ denn für neue Politikentwürfe zu stehen. Ein wesentlicher, vielleicht auch der einzige Grund der gemeinsamen Protestaktion war die in der „Politischen Reform“ vorgesehene Erhöhung der Sperrklausel im Wahlrecht von zwei Prozent auf drei Prozent, was die Aussichten auf eine Vertretung im Kongress in Frage gestellt hätte.¹⁷

Es wurde schnell klar, dass ein gemeinsamer Präsidentschaftskandidat Illusion bleiben dürfte.

Diese „Quintuples“, die Fünfer-Gruppe, ist nach Einschätzung von Lucho Garzón eher „ein Phänomen der öffentlichen Meinung als eines einer Organisation“. So wurde schnell klar, dass ein gemeinsamer Präsidentschaftskandidat Illusion bleiben dürfte. Garzón selbst machte, nachdem er aus dem Polo ausgetreten war und seine Präsidentschaftskandidatur angekündigt hatte, diese wenige Wochen später davon abhängig, ob es ihm gelänge, der gemeinsame Kandidat dieser Gruppe zu werden. Ob Mockus und Peñalosa kandidieren, ist fraglich.

Ramírez und Fajardo jedenfalls halten am Ziel einer Präsidentschaftskandidatur fest. Ramírez will mit einer eigenen Liste als Präsidentschaftskandidatin antreten,¹⁸ Fajardo ist Kandidat der Alianza Social Indígena (ASI), einer indigenen Splitterpartei. Fajardo, bekannt geworden durch seine Integrationspolitik gegenüber demobilisierten AUC-Angehörigen,¹⁹ ist der *shooting-star*, der in einer Reihe von Umfragen selbst Manuel Santos überrundet hat. Fajardo könnte zum

17 | So erreichte Mockus bei den Kongresswahlen 2006 mit seiner Partei Visionarios con Antanas Mockus 0,77 Prozent und die Partei von Peñalosa Por el país que soñamos 1,66 Prozent. Dieser Protest war auch insoweit erfolgreich, als diese Anhebung erst ab der übernächsten Wahlperiode gelten soll.

18 | Kurz nach ihrem Rücktritt als Senatorin wurde ihr nachträglich das Mandat wegen Verstoßes gegen Inkompatibilitätsvorschriften zum Zeitpunkt ihrer Wahl aberkannt. Ob dies rechtliche Auswirkungen auf ihre Präsidentschaftskandidatur hat, ist zurzeit offen.

19 | Dieser Ansatz wird inzwischen aber auch hart kritisiert, siehe den Beitrag „¿Que pasa en 'medallo'?", in *Semana*, Nr. 1414, S. 50, und dürfte in einem Präsidentschaftswahlkampf sicherlich eine Rolle spielen.

Überraschungsfaktor des Präsidentschaftswahlkampfes werden, auch wenn ihm keine breit verankerte Parteimaschinerie zur Verfügung steht.²⁰

AUSBLICK

Aktuell deutet vieles darauf hin, dass das Wiederwahlreferendum im Kongress keine Mehrheit findet. Die komplementär auf den Weg gebrachten Initiativen einer erneuten Verfassungsänderung oder der Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung sind unrealistisch. Dennoch ist bei der Einschätzung des weiteren Verfahrens Vorsicht angebracht. Berechenbarkeit ist nicht gerade das hervorstechendste Merkmal kolumbianischer Parteipolitik. Der Hinweis auf den abrupten Wechsel der politischen Großwetterlage zählt zum Standardrepertoire der Analyse kolumbianischer Politik.

Aufgrund der Bestimmungen der Ley de Garantías hat Staatspräsident Uribe bis zum 30. November Zeit, seine Kandidatur zu erklären. Der Versuch des Partido de la U und von Teilen des PCC, die für den 27. September vorgesehenen Vorwahlen zur Definition der jeweiligen Spitzenkandidaten auf Ende November zu verschieben, deutet unabhängig von den damit verbundenen Hoffnungen auf veränderte innerparteiliche Bewerberkonstellationen auch darauf hin, dass man seitens der Parteien es zumindest für möglich hält, dass die Entscheidung über das Wiederwahlreferendum unter Umständen doch nicht in den ersten Wochen der neuen Sitzungsperiode fallen wird, sondern bis zum letztmöglichen Zeitpunkt versucht wird, seitens des Uribe-Lagers das Referendum im Kongress zu verabschieden.

Die Entscheidung über das Wiederwahlreferendum wird unter Umständen doch nicht in den ersten Wochen der neuen Sitzungsperiode fallen.

Sollte dies die Strategie des Uribe-Lagers sein, würde dies bedeuten, dass sich die politische Debatte in Kolumbien für bis zu weitere vier Monate um eine „Ein-Thema-Agenda“, die Wiederwahl, drehen würde. Eine darüber hinaus gehende inhaltliche politische Auseinandersetzung würde weitgehend auf der Strecke bleiben. Gerade diese Auseinandersetzung müsste aber geführt werden, in den Parteien und im Land selbst.

20 | Einigen Beobachtern erschien bereits vor den Umfrageergebnissen Fajardos selbst die Überlegung nicht abwegig, dass Fajardo der Geheimjoker Uribes sein oder werden könnte.

Zu nennen sind Themen wie die jetzt auch in Kolumbien stärker noch als zu Beginn des Jahres zu spürenden Auswirkungen der Weltfinanzkrise, das bestehende Haushaltsdefizit, die unvollständige Politische Reform, die Modernisierung von wesentlichen Teilen des Sozialsystems (Gesundheitssystem, Arbeitslosigkeit), aber auch Fragen wie Landnutzung, Erziehungssystem. Schließlich stehen auch Entscheidungen in Kernbereichen der Uribe-Regierung an wie zum Beispiel darüber, wie die Politik der *seguridad democrática* künftig konzeptionell aussehen und wie sie, nicht zuletzt vor dem Hintergrund von Kürzungen des Plan Colombia, finanziert werden soll.

Die Regierung Uribe hat seit ihrem Amtsantritt 2002 unbestritten sehr viel erreicht, vor allem die Sicherheitslage grundlegend verbessert und damit eine unverzichtbare Rahmenbedingung für die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung geschaffen. Eine realistische Alternative zur Politik der *seguridad democrática* ist nicht in Sicht. Weder ist kurzfristig ein militärischer Sieg über die FARC realistisch, noch sollte Kolumbien in die Illusion verfallen, die FARC durch die Rückkehr zu einer allein auf Dialog gerichteten Politik überzeugen zu können.

Ebenso unbestritten ist aber auch, dass nach zwei Wahlperioden der *seguridad democrática* nun komplementäre Politikansätze folgen müssen, die einen stärkeren Schwerpunkt auf sozialpolitische Elemente legen, will man die Akzeptanz und Nachhaltigkeit der *seguridad democrática* nicht einer schleichenden gesellschaftlichen Erosion aussetzen.

Es sollte nicht ausgeblendet werden, dass die monatelangen Auseinandersetzungen um das Ob und Wie einer Wiederwahl einen der gewichtigsten Kollateralschäden gerade in dem Bereich verursachen könnten, der das Kernstück der Politik Uribes darstellt, und dem er seine bis heute anhaltend hohe Popularität verdankt, der angestrebten Verankerung der Politik der *seguridad democrática* als *política de gobierno*. Uribe und der Regierungskoalition ist es bislang jedenfalls nicht gelungen, eine derartige Debatte auf die Agenda der Vorwahlzeit zu setzen.

Verankerung der Politik der *seguridad democrática* als *política de gobierno*.

Sollte die Politik der *seguridad democrática*, anstatt fortentwickelt und durch andere zentrale Politikfelder ergänzt zu werden, mit einem eventuellen Ende der Uribe-Ära ebenfalls

als zwar erfolgreiche, nicht aber als weiterzuführende Politik verstanden werden, so wäre dies kein tragisches Ergebnis, da vom Helden wesentlich mit verschuldet, aber ein dramatisches und besorgniserregendes Ergebnis für das Land, das noch lange nicht von der Geißel der Guerrilla und allen damit verbundenen Konsequenzen befreit ist.

Die nächsten Wochen und Monate werden daher nicht nur Aufschluss über Präsidentschaftskandidaten geben, sondern entscheidend für die künftigen Optionen und Weichenstellungen kolumbianischer Politik in den nächsten Jahren sein.

BIBLIOGRAPHIE

Duverger, Maurice (1992): *Instituciones Políticas y Derecho Constitucional*, Mexico, 9. A.

Gutiérrez Sanín, Francisco (2007): *¿Lo que el viento se llevó? Los partidos políticos y la democracia en Colombia 1958–2002*, Bogotá.

Meyer, Heinz (2006): „Triumph für Uribe. Die Kongresswahlen vom 12. März 2006 in Kolumbien“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 6/06, S. 57–105.